

Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	29
Einleitung	31

Kapitel A

Zuwanderung nach Österreich sowie Aufenthalt und Niederlassung in Österreich	35
I. Einleitung	37
II. Einreise und kurzfristiger Aufenthalt	39
1. Allgemeines	39
2. Pass- und Visumpflicht.....	40
2.1 Passpflicht	40
2.2 Visumfreie Einreise.....	41
2.3 Visumpflichtige Einreise.....	43
3. Verweigerung der Einreise	49
3.1 Hinderung an der Einreise und Zurückweisung	50
3.2 Zurückschiebung	53
III. Überblick über die Arten von Aufenthaltsberechtigungen ..	55
IV. Allgemeine Voraussetzungen, die für (nahezu) alle Aufenthaltstitel erfüllt sein müssen	61
1. Allgemeines	61
2. Reisedokument	62
3. Unterkunft	62
4. Unterhaltsmittel	64
4.1 Feste und regelmäßige eigene Einkünfte	65
4.2 „Lebensführung ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen“	67
4.3 Höhe der Einkünfte	68
4.4 Haftungserklärung	73
5. Krankenversicherung	75
6. Gesundheitszeugnis	76
7. Nachweis von Deutschkenntnissen bei Erstantrag- stellung	77
8. Integrationsvereinbarung	79

9. Kein aufrechtes Einreiseverbot, meist keine durchsetzbare Rückkehrentscheidung in den letzten 18 Monaten	80
10. Keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit	81
11. Quotenplatz (nur für wenige Aufenthaltstitel relevant) ..	82
12. Erteilung trotz Fehlens von Erteilungsvoraussetzungen	85
13. Zuständige Behörden	85
14. Ort der Antragstellung	86
15. Persönliche Antragstellung	89
16. Ablauf des Verfahrens bei Auslandsantragstellung	90
17. Weiteres wichtige Informationen zum Verfahren	92
18. Kosten	93
19. Checkliste für Unterlagen bei Antragstellung	94
V. Arbeitskräftemigration	95
1. Allgemeines	95
1.1 Von der Gastarbeiter*innenanwerbung zur „Rot-Weiß-Rot – Karte“	95
1.2 Arbeitskräftemigration in der EU	96
2. EWR-Bürger*innen und Schweizer*innen	97
2a. Exkurs: „Brexit“	99
3. Einfach qualifizierte Drittstaatsangehörige	100
4. „Rot-Weiß-Rot – Karte“	101
4.1 Besonders Hochqualifizierte	102
4.2 Fachkräfte in Mangelberufen	105
4.3 Sonstige Schlüsselkräfte	109
4.4 Studienabsolvent*innen österreichischer Universitäten bzw. Fachhochschulen	111
4.5 Stammmitarbeiter*innen	113
5. „Rot-Weiß-Rot – Karte“ für selbstständig erwerbstätige Personen	113
5.1 Selbständige Schlüsselkräfte	113
5.2 Start-Up-Gründer*innen	114
6. Blaue Karte EU	116
7. Besondere Führungskräfte, ihre Familienangehörigen und Bediensteten	118
8. Daueraufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige anderer EU-Staaten	119
8.1 Unselbständig Erwerbstätige	119
8.2 Selbständig Erwerbstätige	120
8.3 Besonderheiten des Verfahrens	121
9. Wissenschaftler*innen	122
10. Forscher*innen	122

11. Künstler*innen	125
11.1 Kurzfristig tätige Künstler*innen	125
11.2 Länger aufhältige Künstler*innen	126
11.3 Sonderfall: Lehre der Kunst	128
12. Journalist*innen	128
13. Saisonarbeitskräfte und Erntehelper*innen	129
13.1 Saisonarbeitskräfte	129
13.1.1 Personen, die bereits ein Aufenthaltsrecht haben	130
13.1.2 Personen, die (visumpflichtig oder visum-frei) zum Zweck der Saisonarbeit nach Österreich einreisen	131
13.2 Registrierte Stamm saisonniers	131
13.3 Erntehelper*innen	132
13.4 „Rot-Weiß-Rot – Karte“ für Stamm-mitarbeiter*innen	132
14. Diplomat*innen und diplomatisches Personal	133
15. Volontär*in und Praktikant*in	136
16. Geistliche und Seelsorger*innen	137
17. Betriebsentsandte	138
18. Unternehmensintern transferierte Arbeit-nehmer*innen	140
19. Sexarbeiter*innen	141
20. Au-pairs	142
21. Arbeitskräfte in Gesundheits- und Pflegeberufen	143
21.1 Besonderheiten für die Erteilung einer „Rot-Weiß-Rot – Karte“	143
21.2 Ausnahme vom Geltungsbereich des AuslBG für Personen, die sich gemäß NAG rechtmäßig in Österreich aufhalten	145
21.3 24-Stunden-Pflege	145
22. Werkvertragnehmer*innen	146
23. Kurzfristige selbständige Erwerbstätigkeit	147
24. Kurzfristige unselbständige Erwerbstätigkeit	147
25. Besonderheiten für türkische Arbeitskräfte	149
VI. Familiennachzug	151
1. Allgemeines	151
1.1 Das Recht auf Familienzusammenführung	151
1.2 Rechte der Angehörigen von EWR-Bürger*innen und Österreicher*innen	153
1.3 Rechte türkischer Familienangehöriger	154
1.4 Sind binationale Ehen unerwünscht?	155

2. Angehörige von EWR-Bürger*innen und Schweizer*innen	156
2.1 Angehörige der EWR-Bürger*innen, die selbst EWR-Bürger*innen sind	156
2.2 Angehörige der EWR-Bürger*innen (Schweizer*innen), die Drittstaatsangehörige sind	160
2.3 Sonderfragen für den Familiennachzug der EWR-Bürger*innen (Schweizer*innen)	163
3. Angehörige österreichischer Staatsbürger*innen	164
3.1 Familienangehörige	164
3.2 Angehörige	166
3.3 Familiennachzug aus berücksichtigungs-würdigenden Gründen	168
4. Angehörige jener Österreicher*innen, die ihr unionsrechtliches Aufenthaltsrecht in Anspruch genommen haben	168
4.1 Wann wird ein unionsrechtliches Aufenthaltsrecht in Anspruch genommen?	168
4.2 In welchem Ausmaß muss das unionsrechtliche Aufenthaltsrecht in Anspruch genommen worden sein?	171
4.3 Ist diese Differenzierung europa- und verfassungsrechtlich zulässig?	172
4.4 Die „Kernbestandsdoktrin“ des EuGH: EU-rechtliches Aufenthaltsrecht für Angehörige, obwohl Österreicher*innen nicht in anderem EU-Staat gelebt haben	173
4.5 Kritik	175
4.6 Besonderheiten für nachziehende türkische Staatsbürger*innen	177
5. Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen	179
5.1 Familiennachzug von Fremden mit „Rot-Weiß-Rot – Karte“	179
5.2 Familiennachzug von Fremden mit einer „Blauen Karte EU“	180
5.3 Familiennachzug von Fremden mit „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“	180
5.4 Familiennachzug von Fremden mit „Niederlassungsbewilligung“	181
5.5 Familiennachzug von Fremden mit „Niederlassungsbewilligung – Angehöriger“	181

5.6	Familiennachzug von Fremden mit „Niederlassungsbewilligung – ausgenommen Erwerbstätigkeit“	182
5.7	Familiennachzug von Fremden mit „Niederlassungsbewilligung – Forscher“	183
5.8	Familiennachzug von Fremden mit „Niederlassungsbewilligung – Sonderfälle unselbstständiger Erwerbstätigkeit“	183
5.9	Familiennachzug von Fremden mit „Niederlassungsbewilligung – Künstler“	184
5.10	Familiennachzug von Fremden mit dem Titel „Daueraufenthalt – EU“	184
5.11	Familiennachzug von Fremden mit Aufenthaltskarte und Daueraufenthaltskarte	184
5.12	Familiennachzug von Fremden mit Aufenthaltsstitel „Familienangehöriger“	185
5.13	Familiennachzug von UK-Bürger*innen mit Aufenthaltsstitel „Art 50 EUV“	185
5.14	Familiennachzug von Fremden mit Niederlassungsnachweis oder Niederlassungsbewilligung nach dem Fremdengesetz 1997	186
5.15	Familiennachzug von Fremden mit Aufenthaltsbewilligung	186
5.16	Familiennachzug von Asylberechtigten	187
5.17	Besonderheiten für türkische Staatsbürger*innen	187
6.	Auflösung der Familiengemeinschaft	191
7.	Zweifel über die Angehörigenegenschaft	192
8.	Aufenthaltsehen, Aufenthaltpartnerschaften und Aufenthaltsadoptionen	192
VII.	Zuwanderung zu Ausbildungszwecken	195
1.	Allgemeines	195
2.	Studierende	195
2.1	Voraussetzungen für die Erteilung einer „Aufenthaltsbewilligung – Student“	195
2.2	Studienerfolgsnachweis bei Verlängerung des Aufenthaltsstitels	198
2.3	Verlängerung der „Aufenthaltsbewilligung – Student“ zur Arbeitsuche nach Studienabschluss ..	200
2.4	Erwerbstätigkeiten von Personen mit „Aufenthaltsbewilligung – Student“	201
3.	Schüler*innen	202
4.	EWR-Bürger*innen und Schweizer*innen, die eine Ausbildung absolvieren	204

VIII. Zuwanderung aus anderen Gründen	205
1. Allgemeines	205
2. Privatiers (Niederlassung ohne Erwerbsabsicht)	205
3. EWR-Bürger*innen und Schweizer*innen, die nicht erwerbstätig sein wollen	206
4. Langfristig Aufenthaltsberechtigte eines anderen EU-Mitgliedstaates, die nicht erwerbstätig sein wollen	207
5. Sozialdienstleistende	208
6. Freiwillige	209
IX. Verlängerung von Aufenthaltstiteln bzw. weiteres Aufenthaltsrecht	210
1. Allgemeines	210
2. Verlängerung von Aufenthaltstiteln	210
3. Weiteres Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen	214
3.1 Familienangehörige von Österreicher*innen und Drittstaatsangehörigen	214
3.2 Angehörige von EWR-Bürger*innen	218
3.3 Familienangehörige von Inhaber*innen einer Aufenthaltsbewilligung	219
4. Integrationsvereinbarung (Modul 1)	220
5. Änderung des Aufenthaltszwecks	222
5.1 Zweckänderungsverfahren während eines aufrechten Aufenthaltstitels	224
5.2 Zweckänderung im Verlängerungsverfahren	225
6. Aufenthaltsrecht von EWR-Bürger*innen (Schweizer*innen) nach Ende des unionsrechtlichen Aufenthaltsrechts	226
7. Entziehung von Aufenthaltstiteln	226
8. Nachweis des Aufenthaltsrechts	227
9. Exkurs: Unrechtmäßig aufhältige Personen	227
9.1 Welche Folgen kann ein unrechtmäßiger Aufenthalt haben?	228
9.2 Was passiert im Fall einer Eheschließung bzw. einer Adoption?	228
9.3 Nützt es, einen Asylantrag zu stellen?	229
X. Unbefristetes Aufenthaltsrecht	230
1. Allgemeines	230
2. Titel „Daueraufenthalt – EU“	230
3. Erfüllung von Modul 2 der Integrationsvereinbarung ..	233
4. Rückstufung eines unbefristeten Aufenthaltsrechts	235
5. Recht auf Daueraufenthalt von EWRBürger*innen und deren Angehörigen	235

6. Gegenstandslosigkeit und Erlöschen eines unbefristeten Aufenthaltsrechts	237
7. Weitergeltung früherer unbefristeter Aufenthaltstitel	238
Kapitel B	
Internationaler Flüchtlingsschutz, Aufenthalts-	
titel aus berücksichtigungswürdigenden	
Gründen und Asylverfahren	241
I. Allgemeines	243
1. Ein Rückblick	243
2. Mögliche weitere Entwicklungen	249
3. Exkurs: Europäische Flüchtlingspolitik	251
4. Statistisches	253
II. Grundsätzliches zum Asylverfahren	255
III. Internationaler Schutz – Status des/der Asylberechtigten	258
1. Vorbemerkung	258
2. Grundsätzliches zur Genfer Flüchtlingskonvention	258
3. Überblick über den Flüchtlingsbegriff der GFK	261
4. Zu den Kriterien des Flüchtlingsbegriffs im Einzelnen ..	262
4.1 Wohlbegründete Furcht	262
4.2 Verfolgung im Sinne der GFK	263
4.2.1 Intensität der Verfolgung	264
4.2.2 Aktualität der Verfolgung	266
4.2.3 Sonderfall Nachfluchtgründe	267
4.2.4 Urheberschaft der Verfolgung	268
4.2.5 Subjekt der Verfolgung	269
4.2.6 Gruppenverfolgung	270
4.3 Verfolgungsgründe	270
4.3.1 „Rasse“	271
4.3.2 Religion	271
4.3.3 Nationalität	272
4.3.4 Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	272
4.3.5 Politische Überzeugung oder auch politische Gesinnung	274
4.3.6 Sonderfragen	275
4.4 Aufenthalt außerhalb des Heimatlandes	278
4.5 Unzumutbarkeit der Inanspruchnahme des Schutzes des Herkunftsstaates	278
4.6 Ausschluss- und Endigungsgründe	281

4.6.1 Ausschlussgründe im Einzelnen	281
4.6.2 Endigungsgründe im Einzelnen	283
4.7 Glaubhaftmachung	284
5. Status des/der Asylberechtigten	286
5.1 Aufenthaltsrecht	286
5.2 Erste Schritte nach der Anerkennung	286
5.3 Soziale Rechte, Arbeitsmarktzugang	287
5.4 Umstieg auf „Daueraufenthalt EU“ und Staatsbürger*innenschaft	287
6. Aberkennung der Asylberechtigung	287
IV. Internationaler Schutz – Status des/der subsidiär Schutz- berechtigten	290
1. Grundsätzliches	290
2. Im Einzelnen	292
2.1 Recht auf Leben einschließlich des Verbots der Todesstrafe	292
2.2 Folter	293
2.3 Unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung	293
2.4 Nichtvorliegen einer innerstaatlichen Flucht- alternative	295
3. Status des/der subsidiär Schutzberechtigten	295
3.1 Karte für subsidiär Schutzberechtigte und Fremdenpass	295
3.2 Arbeitsmarktzugang und soziale Rechte	296
3.3 Umstieg auf Daueraufenthalt EU und Staats- bürger*innenschaft	296
4. Verlängerung des Status des/der subsidiär Schutz- berechtigten	297
5. Aberkennung des Status des/der subsidiär Schutz- berechtigten	298
5.1 Vorbemerkung	298
5.2 Aberkennungsgründe	299
V. Ukrainische Vertriebene	301
1. Allgemeines	301
2. Aufenthaltsrecht	301
3. Zugang Arbeitsmarkt und soziale Rechte	302
VI. Aufenthaltsrecht aus berücksichtigungswürdigen Gründen	304
1. Allgemeines	304
2. Aufenthaltstitel aus Gründen des Artikels 8 EMRK – „Bleiberecht“	305

2.1	Vorbemerkung	305
2.2	Bleiberechtskriterien	306
2.2.1	Art und Dauer des bisherigen Aufenthaltes sowie die Frage, inwieweit der bisherige Aufenthalt rechtmäßig oder rechtswidrig war	307
2.2.2	Tatsächliches Bestehen eines Familienlebens	307
2.2.3	Schutzwürdigkeit des Privatlebens	308
2.2.4	Grad der Integration	308
2.2.5	Bindungen zum Heimatstaat des Fremden	309
2.2.6	Strafgerichtliche Unbescholtenseit	310
2.2.7	Verstöße gegen die öffentliche Ordnung	310
2.2.8	Frage, ob das Privat- und Familienleben der Fremden in einem Zeitpunkt entstanden ist, in dem sich die Beteiligten ihres unsicheren Aufenthaltsstatus bewusst waren	310
2.2.9	Die Frage, ob die Dauer des bisherigen Aufenthalts der Fremden in den Behörden zurechenbaren überlangen Verzögerungen begründet ist	311
2.2.10	Das Kindeswohl	312
2.3	Die Abwägung der Kriterien	315
2.4	Stellung eines Bleiberechtsantrags außerhalb des Asylverfahrens	316
2.4.1	Grundsätzliches	316
2.4.2	Ehemalige Asylwerber*innen	317
2.4.3	Unrechtmäßig aufhältige Fremde	318
2.4.4	Personen, die nicht fristgerecht einen Verlängerungsantrag eingebbracht haben	318
2.4.5	Zweckänderung auf ein „Bleiberecht“ ist nicht möglich	318
3.	Besonders Schutzbedürftige – „Aufenthaltsberechtigung besonderer Schutz“	319
3.1	Personen, deren Aufenthalt seit mindestens einem Jahr geduldet ist	320
3.2	Zeuginnen/Zeugen oder Betroffene von Menschenhandel oder grenzüberschreitender Prostitution	320
3.3	Opfer von Gewalt	321
4.	Exkurs: Aufenthaltsstitel in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen	321
5.	Heilungsanträge	322
6.	Verlängerungsanträge und Umstieg in das Regime des NAG	323

6.1 Aufenthaltsberechtigung und Aufenthalts- berechtigung plus	323
6.2 Aufenthaltsberechtigung besonderer Schutz	323
7. Weitere Spruchpunkte	324
VII. Das Asylverfahren	325
1. Die Instanzen im Asylverfahren	325
1.1 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl	325
1.2 Bundesverwaltungsgericht	326
1.3 Verfassungsgerichtshof und Verwaltungs- gerichtshof	326
2. Einreise(-barrieren)	327
3. Antragstellung und Einbringung des Asylantrags	328
3.1 Stellung und Einbringung des Asylantrages	328
3.2 Mitwirkungspflicht	330
3.3 Weitere Antragstellung, Folgeanträge	332
3.4 Faktischer Abschiebeschutz bei Folgeanträgen	332
3.4.1 Folgeantrag nach einer „Dublin- Entscheidung“	333
3.4.2 Folgeantrag nach negativer Entscheidung	333
4. Unzuständigkeit Österreichs	334
4.1 Grundsätzliches	334
4.2 Drittstaatsicherheit	335
4.3 Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates	336
4.3.1 Grundsätzliches	336
4.3.2 Ermittlung der Zuständigkeit	336
4.3.3 Schubhaft und Überstellung	342
5. Zulassungsverfahren	344
5.1 Überblick	344
5.2 Erste Schritte	345
5.3 Befragung und Einvernahme	346
5.4 Mitteilung des Verfahrensstandes	349
5.5 Einleitung eines Verfahrens zur Erlassung einer aufenthaltsbeendenden Maßnahme	351
6. Rechtsberatung	352
6.1 Vorbemerkung	352
6.2 Rechtsberatung durch Rechtsberater*innen der BBU	353
7. Das zugelassene Asylverfahren vor dem BFA	355
8. Entscheidung über den Asylantrag	358
9. Beschwerdeverfahren	361
9.1 Beschwerde gegen die Zurückweisung des Asyl- antrags	363

9.2	Beschwerde gegen die Abweisung des Asylantrags	364
9.3	Wiedereinreise	365
9.4	Beschwerdeverfahren beim Bundesverwaltungsgericht	366
10.	Die „Notverordnung“	368
10.1	Allgemeines	368
10.2	Die Notverordnung	369
10.3	Das Verfahren während der Gültigkeitsdauer der Notverordnung	370
10.3.1	Hinderung an der Einreise und Zurückweisung	371
10.3.2	Zurückschiebung	371
10.4	Kritik	372
11.	Familienverfahren	374
11.1	Grundsätzliches.....	374
11.2	Welche Personen fallen unter den Begriff der Familienangehörigen?	374
11.3	Familienverfahren im Inland	375
11.4	Familienverfahren im Ausland	376
11.4.1	Status des/der Asylberechtigten	377
11.4.2	Status des/der subsidiär Schutzberechtigten	379
11.4.3	Sonderregelung für Angehörige von Minderjährigen	380
12.	Flughafenverfahren	382
13.	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.....	382
14.	Rechtsposition von Asylwerber*innen	384
14.1	Aufenthaltsrecht	384
14.1.1	Grundsätzliches	384
14.1.2	Wohnsitzbeschränkung	385
14.1.3	Anordnung der Unterkunftnahme	385
14.1.4	Wohnsitzauflage	385
14.1.5	Nichtanwendbarkeit des NAG bei Vorliegen eines asylrechtlichen Aufenthaltsrechtes ...	386
15.	Aufenthaltsbeendigung und Schubhaft	387
16.	Grundversorgung	388
16.1	Zielgruppen der Grundversorgung	389
16.2	Leistungen im Rahmen der Grundversorgung	390
16.3	Einschränkung der Grundversorgung	392
16.4	Ausschluss von der Grundversorgung	394
16.5	Rechtsschutz.....	394
17.	Weiteres	395
17.1	Arbeitsmarktzugang für Asylwerber:innen.....	395
17.2	Staatsbürger:innenschaft	395

Kapitel C

Arbeit und soziale Rechte	397
I. Arbeit	399
1. Allgemeines	399
2. Allgemeines zur Aufnahme einer unselbständigen Beschäftigung	400
3. Was gilt als unselbständige Beschäftigung?	401
4. Mit welchem Aufenthaltsrecht ist welcher Zugang zu unselbständiger Beschäftigung verknüpft?	402
4.1 „Rot-Weiß-Rot – Karte“ und „Blaue Karte EU“	402
4.2 Titel „Daueraufenthalt – EU“, „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ und „Aufenthaltstitel – Familienangehöriger“	402
4.3 „Niederlassungsbewilligung“	402
4.4 „Niederlassungsbewilligung – ausgenommen Erwerbstätigkeit“ und „Niederlassungsbewilligung – Angehöriger“	403
4.5 „Niederlassungsbewilligung – Künstler“	403
4.6 „Niederlassungsbewilligung – Sonderfälle unselbständiger Erwerbstätigkeit“	404
4.7 „Niederlassungsbewilligung – Forscher“	404
4.8 Aufenthaltsbewilligungen	404
4.9 Dokumentationen des Aufenthaltsrechts für EWR-Bürger*innen, Schweizer*innen und deren Angehörige (sowie in Sonderfällen für Angehörige von Österreicher*innen)	404
4.10 Aufenthaltstitel „Artikel 50 EUV“	405
4.11 Aufenthaltstitel aus berücksichtigungswürdigen Gründen gemäß AsylG	405
5. Zugang zum Arbeitsmarkt für einzelne Personengruppen	405
5.1 EWR-Bürger*innen und Schweizer*innen	405
5.2 Angehörige von EWR-Bürger*innen und Schweizer*innen	406
5.3 Weiterer Arbeitsmarktzugang nach Wegfall der Angehörigeneigenschaft zu EWR-Bürger*innen (Schweizer*innen)	407
5.4 Familienangehörige österreichischer StaatsbürgerInnen	408
5.5 Weiterer Arbeitsmarktzugang nach Wegfall der Angehörigeneigenschaft zu Österreicher*innen	409
5.6 Familienangehörige von Drittstaatsangehörigen	409

5.7	Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte	410
5.8	Personen mit Aufenthaltsrecht aus berücksichtigungswürdigen Gründen	411
5.9	Asylwerber*innen	411
5.10	Ukrainische Staatsbürger*innen.....	413
5.11	Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit vom AuslBG ausgenommen sind	413
5.12	Besonderheiten für türkische Staatsbürger*innen – das Assoziationsabkommen EWG–Türkei	414
6.	Beschäftigungsbewilligung	416
6.1	Voraussetzungen, die Arbeitgeber*innen für die Erteilung einer Beschäftigung erfüllen müssen	417
6.2	Voraussetzungen, die Ausländer*innen erfüllen müssen, damit eine Beschäftigungsbewilligung erteilt werden kann	418
6.3	Arbeitsmarktprüfung („Ersatzkraftverfahren“)	419
6.4	Weitere Voraussetzungen	420
6.5	Antragstellung und Erteilung der Beschäftigungsbewilligung	421
6.6	Geltungsbereich, Geltungsdauer und Auflagen	422
6.7	Mutterschutz oder Elternkarenz während der Gültigkeitsdauer der Beschäftigungsbewilligung	423
6.8	Widerruf einer Beschäftigungsbewilligung	423
7.	Entsendebewilligung und EU-Entsendebestätigung	423
8.	Konsequenzen einer unrechtmäßigen Beschäftigung	424
8.1	Ansprüche der Ausländer*innen (§§ 29, 29a AuslBG)	424
8.2	Konsequenzen für Arbeitgeber*innen	425
8.2.1	Verwaltungsstrafen (§ 28 AuslBG)	425
8.2.2	Gerichtliche Strafen (§ 28c AuslBG, § 116 FPG)	425
8.2.3	Verbot der Beschäftigung von Ausländer*innen	426
8.2.4	Entzug der Gewerbeberechtigung	426
8.3	Konsequenzen für Ausländer*innen	426
8.3.1	Rückkehrentscheidung	426
8.3.2	Verbot der Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung bei mehreren undokumentierten Beschäftigungen	427
9.	Selbständigkeit	427
9.1	Gewerbe	428
9.2	Gesellschafter*innen	429
9.3	Werkunternehmer*innen / Neue Selbständige	429

II. Soziale Leistungen	431
1. Allgemeines	431
2. Leistungen der Unfall- und Krankenversicherung	431
3. Pensionen (Alters- sowie Berufsunfähigkeitspensionen)	432
4. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe	433
5. Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung	433
6. Kinderbetreuungsgeld	435
7. Familienbeihilfe	436
8. Familienzeitbonus	437
9. Pflegegeld	437

Kapitel D

Staatsbürgerschaft	439
1. Allgemeines	441
2. Erwerb durch Abstammung	443
3. Allgemeine Verleihungsvoraussetzungen	444
3.1 Gerichtliche Verurteilungen	444
3.2 Verwaltungsstrafen	445
3.3 Aufenthaltsbeendigendes Verfahren	445
3.4 Wohlverhalten des Antragstellers, öffentliche Interessen	446
3.5 Gesicherter Lebensunterhalt	447
3.6 Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft	448
3.7 Deutschkenntnisse und „Grundkenntnisse der demokratischen Ordnung sowie der Geschichte Österreichs und des jeweiligen Bundeslands“	448
4. Notwendige Aufenthaltszeiten	450
4.1 Drittstaatsangehörige	450
4.2 Asylberechtigte	452
4.3 EWR-Bürger*innen	452
4.4 Erstreckung der Staatsbürgerschaft auf Familienangehörige von Drittstaatsangehörigen und EWR-Bürger*innen	453
4.5 Familienangehörige von Österreicher*innen	454
4.6 Ehemalige Österreicher*innen	455
4.7 NS-Verfolgte	456
4.8 Wissenschaftler*innen, Sportler*innen bzw. Künstler*innen	457
4.9 Staatenlose	458
5. Verleihungsverfahren	458
5.1 Antragstellung	458

5.2 Ausscheiden aus dem bisherigen Staatsverband	458
5.3 Kosten	460
5.4 Gelöbnis	461
5.5 Rechtschutz	461
5.6 Verlust der Staatsbürgerschaft	461
Kapitel E	
Aufenthaltsbeendigung	463
I. Rückkehrentscheidung, Ausweisung und Aufenthalts- verbot	465
1. Allgemeines	465
2. Rückkehrentscheidung und Einreiseverbot	466
2.1 Rückkehrentscheidung gegen Fremde mit Aufenthaltstitel	467
2.1.1 Wegfall der Erteilungsvoraussetzungen	467
2.1.2 Nichterfüllung der Integrationsvereinbarung	468
2.1.3 Arbeitslosigkeit	468
2.2 Rückkehrentscheidung bei Asylwerber*innen	469
2.3 Dauer des Einreiseverbots	469
2.3.1 Einreiseverbot für die Dauer von höchstens fünf Jahren	469
2.3.2 Einreiseverbot für die Dauer von höchstens zehn Jahren	471
2.3.3 Erlassung eines unbefristeten Einreise- verbots	471
2.4 Aufenthaltsverfestigung	473
2.4.1 Schutz nach fünf Jahren Niederlassung	473
2.4.2 Schutz nach acht Jahren Niederlassung	474
2.4.3 Schutz von Fremden mit einem „Dauer- aufenthalt – EU“	474
2.4.4 Achtung: Was es zu bedenken gilt!	474
2.5 Schutz des Privat- und Familienlebens	475
2.5.1 Umfang des Schutzes	476
2.5.2 Eingriffe in das Privat- und Familienleben	477
2.5.3 Interessensabwägung	477
2.6 Rechtsmittel, Verkürzung des Einreiseverbots	479
2.7 Frist für die freiwillige Ausreise	479
2.8 Erteilung von Auflagen	480
2.9 Prüfschema zur Zulässigkeit der Erlassung einer Rückkehrentscheidung	481
3. Ausweisung	482

4. Aufenthaltsverbot	482
4.1 Besonders geschützter Personenkreis	483
4.2 Erhöhte Aufenthaltssicherheit	483
4.2.1 Schutz des Privat- und Familienlebens	485
4.2.2 Geltungsbereich und Gültigkeitsdauer des Aufenthaltsverbots	485
4.2.3 Aufhebung eines Aufenthaltsverbots	486
5. Anordnung zur Außerlandesbringung	486
6. Behörden und Verfahren	487
6.1 Behörden	487
6.1.1 Behörden	487
6.1.2 Verwaltungsgerichte	487
6.1.3 Höchstgerichte	488
6.2 Verfahren	488
6.3 Ausreiseverpflichtung bei Ausweisungen und Aufenthaltsverboten	488
6.4 Durchsetzungsaufschub	489
II. Schubhaft, Abschiebung und Strafen	490
1. Allgemeines	490
2. Schubhaft	491
2.1 Gründe für die Verhängung der Schubhaft	491
2.1.1 Sicherung des Verfahrens	492
2.1.2 Sicherung der Außerlandesschaffung	492
2.1.3 Bestimmungen für Asylwerber*innen, die überstellt werden sollen	492
2.2 Fluchtgefahr	493
2.3 Dauer der Schubhaft	494
2.4 Gelinderes Mittel statt Schubhaft	495
2.5 Schubhaftbeschwerde	496
2.6 Vollzug der Schubhaft	497
2.6.1 Unterbringung	498
2.6.2 Verpflegung	498
2.6.3 Rauchen	498
2.6.4 Kleidung	498
2.6.5 Medizinische Betreuung	498
2.6.6 Seelsorge	499
2.6.7 Körperpflege	499
2.6.8 Hungerstreik bzw. Zwangernährung	499
2.6.9 Erlaubte Tätigkeiten	499
2.6.10 Telefongespräche und Briefverkehr	500
2.6.11 Besuchsrecht	500
2.6.12 Rechtsbeistand, Vertreter des Heimatstaats ...	500
2.6.13 Minderjährige unter 16 Jahren	500

2.7 Kosten der Schubhaft	500
3. Abschiebung und Abschiebeschutz	501
3.1 Vornahme einer Abschiebung	501
3.2 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	502
3.3 Verbot der Abschiebung, Zurückschiebung und Zurückweisung (Non-Refoulement)	503
3.4 Verfahren zur Feststellung der Unzulässigkeit der Abschiebung in einen bestimmten Staat	504
3.5 Duldung eines Fremden	505
4. Fremdenpolizeiliche Befugnisse	506
4.1 Auskunftsverlangen	507
4.2 Identitätsfeststellung	507
4.3 Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Einreise und des Aufenthalts	508
4.4 Betreten von Grundstücken, Räumen und Ähnlichem	508
4.5 Durchsuchen von Personen	509
4.6 Sicherstellung von Beweismitteln	510
4.7 Festnahme	510
5. Strafen	512
5.1 Gerichtliche Strafbestimmungen	512
5.1.1 Schlepperei	512
5.1.2 Entgeltliche Beihilfe zu unbefugtem Aufenthalt	513
5.1.3 Ausbeutung eines Fremden	513
5.1.4 Eingehen und Vermitteln von Aufenthalts- ehen und Aufenthaltspartnerschaften	513
5.1.5 Aufenthaltsadoption und Vermittlung von Aufenthaltsadoptionen eigenberechtigter Fremder	513
5.1.6 Unrechtmäßige Inanspruchnahme von sozialen Leistungen	514
5.2 Verwaltungsübertretungen	514
5.2.1 Unbefugter Aufenthalt	514
5.2.2 Sonstige Übertretungen	515
Kapitel F	
Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	517
I. Verwaltungsverfahren	519
1. Allgemeines	519
2. Verfahrensbeteiligte	521

2.1	Behörden	521
2.1.1	Zuständigkeit	521
2.1.2	Verwaltungsorgane	522
2.2	Partei	522
2.3	Vertreter*innen	523
2.3.1	Vollmacht	524
2.3.2	Substitution	526
2.3.3	Rechte des Vertretenen – Kündigung	526
2.3.4	Gesetzliche Vertretungsverhältnisse	527
2.4	Vertrauensperson	527
3.	Verfahrensablauf	528
3.1	Verfahrensgrundsätze	528
3.2	Antragstellung	529
3.3	Verbesserungsauftrag und Rechtsbelehrung	530
3.4	Ladung	531
3.5	Einvernahme und Protokoll	532
3.6	Akteneinsicht	533
3.7	Parteiengehör	534
3.8	Kosten	537
4.	Beweise	537
4.1	Grundsätze des Beweisverfahrens	537
4.1.1	Grundsatz der Amtsweigigkeit und Grundsatz der materiellen Wahrheit	538
4.1.2	Grundsatz der freien Beweiswürdigung	539
4.1.3	Grundsatz der Unbeschränktheit der Beweismittel	540
4.2	Urkunden	540
4.2.1	Inländische öffentliche Urkunden	540
4.2.2	Ausländische öffentliche Urkunden	541
4.2.3	Begläubigung	541
4.2.4	Apostille – Haager Beglaubigungsübereinkommen	542
4.2.5	Befreiung von Beglaubigung oder Apostille ..	543
4.2.6	Freie Beweiswürdigung von ausländischen öffentlichen Urkunden	543
4.2.7	Begläubigte Übersetzung	543
4.2.8	Privaturkunden	544
4.3	Zeuginnen/Zeugen	544
4.3.1	Als Zeuginnen/Zeugen dürfen nicht vernommen werden	545
4.3.2	Die Aussage darf von Zeuginnen/Zeugen verweigert werden	546

4.4 Beteiligtenvernehmung	547
4.5 Sachverständige	547
4.5.1 Sachverständige im Asylverfahren	548
4.5.2 Befangenheit – Ablehnung eines/ einer Sachverständigen	549
4.5.3 Aufbau eines Gutachtens	550
4.5.4 Ein Sachverständigengutachten besteht aus zwei Teilen	550
4.5.5 Typische Fehler in einem Gutachten	551
4.5.6 Eigenes Gutachten	552
4.5.7 Alter eines Gutachtens	552
4.5.8 Kosten	552
4.6 Augenschein	552
5. Bescheid	553
5.1 Pflichtelemente eines Bescheids	553
5.1.1 Bezeichnung als Bescheid	554
5.1.2 Spruch	554
5.1.3 Begründung	554
5.1.4 Rechtsmittelbelehrung	554
5.1.5 Unterschrift	555
5.2 Rechtskraft und Durchsetzbarkeit eines Bescheids	555
5.2.1 Rechtskraft	555
5.2.2 Durchsetzbarkeit	556
6. Fristen	556
6.1 Berechnung von Fristen	557
6.1.1 Berechnung nach Tagen	557
6.1.2 Berechnung nach Wochen	557
6.1.3 Berechnung nach Monaten	557
6.1.3 Berechnung nach Jahren	558
6.2 Fristende	558
7. Zustellung	558
7.1 Empfänger*innen und Zustellbevollmächtigte	558
7.2 Abgabestelle	559
7.2.1 Änderung der Abgabestelle bei anhängigem Verfahren	560
7.3 Zustellung mit Zustellnachweis (Rückschein, RSa und RSb)	561
7.3.1 Zustellung zu eigenen Händen – RSa-Brief ...	561
7.3.2 Ersatzzustellung – RSb-Brief	561
7.3.3 Hinterlegung	562
7.3.4 Abwesenheit von der Abgabestelle bei Ersatzzustellung	562

7.4	Zustellung ohne Zustellnachweis oder Hinterlegung	563
7.5	Unmittelbare Ausfolgung, Zustellung am Ort des Antreffens	563
7.6	Zustellung bei unbekannter Abgabestelle	564
7.7	Zustellmängel	564
II.	Rechtsschutz	566
1.	Allgemeines	566
2.	Das Rechtsmittel der Beschwerde	567
2.1	Bezeichnung des angefochtenen Bescheides	567
2.2	Bezeichnung der belannten Behörde	567
2.3	Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt	568
2.4	Das Begehren	568
2.5	Angaben zur Rechtzeitigkeit der Beschwerde	568
2.6	Konsequenzen der Einbringung einer fehlerhaften Beschwerde	568
2.7	Bedeutung der Beschwerdegründe und des Begehrens für das Beschwerdeverfahren	569
2.8	Beschwerdeeinbringung	570
2.9	Beschwerdeverfahren	573
3.	Abänderung und Behebung eines Bescheids von Amts wegen	575
3.1	Abweisung eines Antrags wegen entschiedener Sache	577
4.	Wiederaufnahme des Verfahrens	577
4.1	Wiederaufnahmegründe	578
4.2	Wiederaufnahmeverfahren	580
5.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	581
5.1	Wiedereinsetzungsgründe	581
5.2	Wiedereinsetzungsverfahren	583
5.3	Bewertung von potentiellen Wiedereinsetzungsgründen	584
5.3.1	Beschwerde an falsche Behörde geschickt	584
5.3.2	Faxgebrechen	584
5.3.3	Krankheit	584
5.3.4	Fehler von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern einer Rechtsanwaltskanzlei	584
5.3.5	Fehler von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern einer Beratungsorganisation	585
5.3.6	Schubhaft	585
5.3.7	Mangelhafte Rechts- und Sprachkenntnisse ..	585

6. Säumnisbeschwerde	586
6.1 Beschwerdeschriftsatz und Verfahren	586
7. Rechtschutz durch die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts	588
7.1 Grundsätzliches	588
7.2 Kosten der Einbringung – Verfahrenshilfe	589
8. Das Revisionsverfahren	590
8.1 Ordentliche oder außerordentliche Revision	591
8.2 Wann liegt eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung vor?	591
8.3 Verfahrenshilfe	592
8.4 Entscheidung über die Revision durch den VwGH	593
9. Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof	593
10. Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	594
10.1 Beschwerdeeinbringung	595
10.2 Einstweilige Maßnahmen	595
10.3 Verfahrensabwicklung	595
10.4 Entscheidung	596
10.5 Kosten	596
Register	597